

# APOLOGETISCHE BLÄTTER

Mitteilungen des Apologetischen Instituts des Schweizerischen katholischen Volksvereins

Postcheck-Konto VIII.4151

Zürich / Hirschengraben 86

Preis vierteljährlich Fr.3.-      Erscheint wöchentlich im Umfang v.ca. 10 Seiten

Nr.15

6. Mai 1939

3. Jahrgang

## I n h a l t

Zur Auseinandersetzung um das Canisianum in Sitten

-----  
Tatsachen und Dokumente . . . . . S. 1

Italienische Mimikry an den deutschen Rassismus

-----  
Ein Beitrag zur Rassenfrage in Italien . . . . . S. 6

Kriegsaufgaben der Sozialisten . . . . . S. 9

Sittliches Volkswohl

-----  
Gegen eine unanständige "Landesausstellungsrevue" im Zürcher  
Corso . . . . . S. 10

Zur Auseinandersetzung um das Canisianum in Sitten

### Tatsachen und Dokumente

Nachdem durch den Entscheid des Bundesrates die Sache erledigt ist, scheint der Zeitpunkt zu einem Ueberblick über die ganze, unerfreuliche Affäre gekommen zu sein.

#### 1. Der Verlauf der Ereignisse.

##### a) Verlegung des Canisianums von Innsbruck nach Sitten.

20. Juli 1938: Durch Erlass der Reichsregierung wird die staatliche theologische Fakultät an der Universität Innsbruck aufgehoben.

15. August 1938: Durch einen von Pius XI. approbierten Erlass der Congregatio de Seminariis et Studiorum Universitatibus wird im Kollegium Canisianum Innsbruck eine päpstliche theologische Fakultät errichtet, mit allen Rechten und Privilegien einer solchen.

21. November 1938: Mit Schreiben des Gauleiters Hofer an den Oberfinanzpräsidenten in Innsbruck wird verordnet, dass das theologische Konvikt Canisianum und die anliegenden Grundstücke dem Oberfinanzpräsidium zur Benützung zugewiesen werden.

22. November 1938: Die Behörden verlangen bis zum 1. Dezember die Räumung von 125 Zimmern des Canisianums und bis zum 12. Dezember die Räumung des ganzen Baues mit seinen ca. 300 Zimmern. Da das Semester schon begonnen hatte, musste schleunigst eine andere Unterkunftsmöglichkeit gesucht werden. Die Verhandlungen zeigten sofort, dass eine solche auf dem Boden des Dritten Reiches nicht mehr möglich war. Man musste somit ins Ausland. Die verschiedensten Objekte wurden geprüft, aber jeder Versuch scheiterte. Die Leitung des Canisianums wandte sich darum an die Schweizerische Vereinigung der Alt-Konvikturen, die schon früher zur Unterstützung des notleidenden Canisianums gegründet worden war. An der Spitze dieser Vereinigung stand Herr Pfarrer Oesch in Rheineck. Dieser wandte sich u.a. auch an den Hochwst. Bischof von Sitten, der selber Alt-Innsbrucker ist. Dieser bot nach Rücksprache mit dem Walliser Staatsrat und mit dessen ausdrücklichem und einstimmigem Einverständnis dem Canisianum das alte Krankenhaus von Sitten als Asyl an. Die Vereinigung (nicht die Jesuiten) erwarb als Eigentümer das Spital und stellte es dem Canisianum zur Verfügung.

12. Dezember 1938: Einzug des Canisianums in Sitten. Es waren 38 Amerikaner, 10 Engländer, 12 Schweizer, 7 Ungarn, 1 Japaner, 10 Angehörige anderer Nationen. Dazu 6 Jesuitenpatres als Professoren. Staatliche und kirchliche Behörden des Kantons waren nicht nur einverstanden, sondern sehr erfreut. Ebenso die Bevölkerung des Kantons.

#### b) Der Kampf um das Canisianum.

##### Vorstoss gegen das Canisianum.

Er begann durch Falschmeldungen im Rundfunk und in der Presse; u.a. schrieb sogar das katholische "Basler Volksblatt", es seien 100 (!) Jesuiten nach Sitten gekommen, um sich dort dauernd (!) niederzulassen. Nun setzte die Opposition ein.

Dezember 1938: Der sozialistische Nationalrat Reinhard stellte in der Session der Eidgenössischen Räte eine Kleine Anfrage betr. Verlegung des Canisianums nach Sitten.

Dezember 1938: Der Vorstand des Schweizerischen Protestantischen Volksbundes fordert in einer Eingabe an das Eidgen. Justiz- und Polizeidepartement, dass dem Art. 51 der Bundesverfassung Nachachtung verschafft werde.

26. Februar 1939: Die Delegiertenversammlung der Freigeistigen Vereinigung der Schweiz "ersucht den Bundesrat, unter allen Umständen an der strikten Handhabung des Art. 51 der Bundesverfassung festzuhalten und nicht zuzulassen, dass durch die Niederlassung in Sitten der konfessionelle Friede gestört werde". Dass just die Freidenker, die in ihrem Blatt ununterbrochen gegen die katholische Kirche hetzen, sich zum Hort des konfessionellen Friedens aufwerfen, wirkt geradezu grotesk.

Damit war durch die Sozialisten politisch und durch den Protestantischen Volksbund konfessionell der Kampf eröffnet worden. Politisch war es eine Rache für die gescheiterte Bundesrats-Kandidatur der Sozialisten, konfessionell eine Auswirkung der häufig wiederkehrenden Angriffe des Evangelischen Presseendienstes auf katholische Dinge. Zu diesen offiziellen Vorstössen kam eine ungeheuerliche Pressekampagne der verschiedensten Richtungen und Strömungen. Der Bundesrat ordnete eine Untersuchung des Falles an.

##### Verteidigung des Canisianums.

Die kirchlichen Behörden des Wallis, die Leitung des Ordens und die obersten Instanzen der Kirche suchten einerseits die theologische Fakultät und das Canisianum, die jahrzehnte hindurch so segensreich gewirkt hatten, zu erhalten

und zu retten, andererseits den eidgenössischen Behörden nach Möglichkeit entgegenzukommen. Der Hochwst. Bischof von Sitten erklärt in einem Schreiben vom 2. März 1939 an den Staatsrat des Kt. Wallis:

"Nachdem infolge der Motion Reinhard im Nationalrat und der öffentlichen Presspolemiken eine Ueberprüfung der Situation vorgenommen werden musste, wurde mir zunächst vom Apostolischen Stuhl die volle Jurisdiktion über die Anstalt übertragen. Von sehr angesehenen juristischen Beratern wurde ich dann dahin orientiert, dass trotzdem den Erfordernissen der schweizerischen Bundesverfassung solange nicht Genüge getan sei, als die Herren, welche an der theologischen Fakultät dozieren, noch Jesuiten seien.

Ich wendete mich daher an den Apostolischen Stuhl und ersuchte um Exklaustration der Professoren.

Neue Konsultationen mit den Rechtsberatern und mit Ihnen ergaben dann, dass auch dies nicht genügend sei, und dass eine volle Säkularisation der Professoren unumgänglich notwendig sei, sofern sie ihre Tätigkeit weiter ausüben wünschten. Ich habe ursprünglich mich gegen eine derartige radikale Lösung gestäubt, dies namentlich deshalb, weil eine Säkularisation und damit eine Lösung von den Vota Sollemnia den in Frage kommenden Herren ein derart schweres persönliches Opfer und einen so folgenschweren Verzicht auferlegte, dass eine Befürwortung dieses Schrittes in Rom von meiner Seite nur im allerdingendsten Falle gerechtfertigt werden konnte.

Nach langen Ueberlegungen und Beratungen mit den kirchlichen Oberbehörden haben sich diese und ich, im Einverständnis mit den in Frage kommenden Patres, schliesslich doch zu dem schweren Schritt entschlossen; dies deshalb, um die Anstalt als solche zu retten.

Ich möchte eigens beifügen, dass diese Lösung vom verstorbenen Papst Pius XI. noch persönlich gebilligt worden ist und zwar am Tage vor seinem Tode".

Schrittweise war man also entgegengekommen. Zuerst Unterstellung unter die Jurisdiktion des Diözesanbischofs, dann Exklaustrierung, dann Säkularisierung. Wenn man die Sache auf der Linie des Rechts und nicht auf der der Politik (Asylrecht) zu einem glücklichen Ende führen wollte, konnte man wirklich nicht mehr tun als man getan hatte. Die angesehenen Rechtslehrer Prof. Lampert (katholisch) und Prof. Burkhardt (protest.) erklärten in ihren Gutachten, dass nun Art. 51 der B.V. gar nicht mehr in Frage stehe.

#### Gegenstoss der Feinde des Canisianums.

In völliger Unkenntnis kirchenrechtlicher Bestimmungen und deren Auswirkungen machte der Vorstand des Schweizerischen Protestantischen Volksbundes, gestützt auf den Evangelischen Pressedienst, einen zweiten Vorstoss beim Bundesrat, in welchem er darauf hinweist, "dass die Lehrer am Canisianum durch die Entbindung vom Gelübde ihre Eigenschaft<sup>als</sup> Jesuiten nicht verlieren und darum nach wie vor unter das Verbot des Art. 51 der Bundesverfassung fallen. Der Bundesrat wird ersucht, auch gegenüber diesen Umgehungsversuchen den Bestimmungen unserer Bundesverfassung Nachachtung zu verschaffen". Wieder begann die Pressepolemik auf breitester Grundlage. Das Perfide dabei war, dass man von protestantischer Seite ins katholische Lager einen Keil zu treiben versuchte, die Gründung als eine Konkurrenz gegen die Universität Freiburg kinstellte und behauptete, auch Kapuziner und Benediktiner seien gegen die Rückkehr der Jesuiten in die Schweiz.

#### c) Der Entscheid des Bundesrates.

Die Verhandlungen zwischen dem Staatsrat des Kt. Wallis und den Behörden in Bern gingen weiter. Das Ergebnis war ein Vergleich, den die Bundeskanzlei Bern folgendermassen publizierte:

" In der Angelegenheit der Jesuiten in Sitten hat der Bundesrat Kenntnis genommen von der Erklärung des zuständigen Organs, Association de la faculté Américaine de théologie, daselbst, dass der Verein die Fortführung des Instituts in Sitten auf Ende des Sommersemesters 1940, d.h. auf 15. Juli 1940, einstellen und die als Professoren tätigen säkularisierten Jesuiten aus dem Dienstverhältnis entlassen wird.

Der Bundesrat behaftet die faculté Américaine de théologie bei dieser verbindlich abgegebenen Erklärung und verzichtet angesichts derselben darauf, die Frage zu entscheiden, ob die zurzeit am Institut tätigen Jesuiten trotz der nach kanonischem Recht vorgenommenen Säkularisation (Austritt aus dem Orden) noch unter Art. 51 der Bundesverfassung fallen. In Berücksichtigung der Umstände, unter denen das aus Innsbruck ausgewiesene Canisianum gezwungen war, diese seine Wirkungsstätte zu verlassen, und der für die nochmalige Uebersiedlung erforderlichen Zeit kann sich der Bundesrat, um eine Härte zu vermeiden, mit dem vorübergehenden Aufenthalt des Instituts in der Schweiz bis längstens zu dem bezeichneten Termin einverstanden erklären. Er erachtet damit unter der Voraussetzung, dass keine neuen Tatsachen geschaffen werden, die gegen Art. 51 und 52 der Bundesverfassung verstossen können, die Angelegenheit als beigelegt".

## 2. Gegnerische Pressestimmen.

Das Bemühendste bei der ganzen Auseinandersetzung um das Canisianum war die Zeitungshetze. Es sei anerkannt, dass in mehreren nichtkatholischen Blättern Zurückhaltung beobachtet und Verständnis gezeigt wurde. Aber die Mehrzahl der Zeitungen und Zeitschriften liess jedes Niveau und jedes Gerechtigkeitsempfinden vermissen. Im folgenden seien zur Skizzierung des Geistes nur ein paar Beispiele herausgegriffen.

Der Evangelische Pressedienst kam wiederholt auf die Sache zu sprechen und zwar immer in denkbar unfreundlichem Ton. In Nr. 53 des letzten Jahres stellt er, trotz der schon oft geleisteten Gegenbeweise, die Behauptung auf, der Orden sei zur Bekämpfung des Protestantismus gegründet worden und habe seither nie eine andere Bestimmung erhalten. Er erweiterte dann den Angriff gegen den Katholizismus überhaupt und schrieb:

"Wir wissen zur Genüge, dass der Katholizismus immer politisch stark belastete Zeiten auswählt, um ganz unvermerkt seine Ziele zu erreichen. Hat er nicht das neue kanonische Recht im Weltkrieg eingeführt, also zu einer Zeit, da kein Staat in der Lage war, diesem wichtigen Akt der katholischen Kirchenpolitik die genügende Aufmerksamkeit zu schenken? Hat er es nicht verstanden, die schweren Zeiten unmittelbar nach dem Weltkrieg, die schwere Zeit des Generalstreikes dazu zu benützen, die Zulassung des Nuntius in Bern zu erreichen?"

In Nr. 1 vom Januar 1939 brachte der Evangelische Pressedienst einen Artikel über die Jesuiten in Deutschland, wo die völlig unsinnige Behauptung aufgestellt wird, die Tätigkeit der Jesuiten in Deutschland habe den Protestantismus "in die Arme des Nationalsozialismus getrieben". Und weiterhin die glatte Verleumdung aufgestellt wird, die Jesuiten hätten unter der Führung des Jesuiten Gundlach die Losung ausgegeben: hinein in die (nationalsozialistische) Bewegung! Beide Behauptungen sind unwahr.

"Der Protestant" griff selbstverständlich die Polemik auf und schrieb u.a. in Nr. 3 vom 9. Februar 1939:

"Wahr bleibt es freilich, dass der Jesuitenorden ausdrücklich als Kampftruppe gegen den Protestantismus geschaffen worden ist. Und nie ist diese seine vornehmste Zweckbestimmung abgeändert oder widerrufen worden. Dieser eindeutigen Zweckbestimmung wegen hat auch die Bundesverfassung dem Orden die Niederlassung in der Schweiz verboten und seinen Gliedern jede Tätigkeit in Kirche und Schule untersagt".

Er zitiert im gleichen Artikel die Behauptung, die Dr. Arthur Frey in seiner Schrift "Die Sorge unseres Staates und die Not unserer Kirche" aufgestellt hat, nämlich die besondere Aufgabe des Jesuitenordens liege darin, "den Protestantismus zu bekämpfen und zu überwinden". Die Behauptungen sind unrichtig und unwahr.

Der "Schweizer Evangelist", herausgegeben von der Bischöflichen Methodistenkirche, brachte in Nr. 17 des laufenden Jahrganges einen Artikel von Dr. G. Darin wird als Beweis der jesuitischen Unmoral Alphons Maria de Lignori (sic!) angeführt, der bekanntlich kein Jesuit war, und werden als wichtigste Dokumente die Monita secreta genannt! Es sollte aber jeder kirchengeschichtlich Gebildete wissen, dass sie eine grobe Fälschung der Jesuitenfeinde sind, denen im Kampf gegen die Jesuiten wirklich der Zweck gelegentlich jedes Mittel heiligte, auch das der Fälschung und der Verleumdung, früher und heute.

Die "Politische Rundschau", herausgegeben vom Generalsekretariat der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, brachte in Heft 2 vom 2. Febr. 1939 den Artikel eines Anonymus gegen die Jesuiten. Darin ist die Rede von der "berüchtigten Sittenmoral (Mentalreservation und "der Zweck heiligt die Mittel")". Es sei den Jesuiten erlaubt, unbedenklich jedes Versprechen abzugeben, das sie in keiner Weise zu halten verpflichtet seien. Ziel und Zweck des Ordens sei die Vernichtung des Protestantismus. Dieses Ziel hätten sie früher mit Meuchelmord zu erreichen versucht. Sie bekämpften mit allen Mitteln den weltlichen Staat. Sie seien nur in die Schweiz gekommen, um den Protestantismus bekämpfen zu können. Die Moral des Jesuitenordens und seine Sittlichkeitsprozesse hätten in Deutschland immer mehr und mehr Protestanten in die Arme des Nationalsozialismus getrieben.- Massivere Angriffe sind kaum mehr möglich. Und dabei ist festzuhalten, dass gerade der Jesuitenorden in Deutschland keinen Sittlichkeitsprozess hatte.

Dass die Winkelblätter ihrem Niveau entsprechend die Polemik führten, ist weniger verwunderlich. So schreibt das "Samstag-Abend-Extrablatt" vom 28. Januar 1939, die Jesuiten seien "nicht gefährlicher, aber genau so gefährlich, nicht bornierter, aber genau so borniert, wie gewisse Anhänger gewisser orthodox und überorthodox protestantischer Sekten, von der Heilsarmee über die Methodisten und Ebenezer bis zu den Wiedertäufern, ganz zu schweigen von einer Gesellschaft wie den sogenannten "Heiligen der letzten Tage" oder Mormonen". Der "Scheinwerfer" arbeitet mit Karikaturen. Der "Guggu" sah sich veranlasst, alles andere zu überbieten, schrieb von den "Schindludereien des Jesuitenordens", behauptete "noch heute gilt bei den Jesuiten der verwerfliche Grundsatz: "Der Zweck heiligt die Mittel", nennt die Jesuiten Wölfe im Schafspelz, gefährliche Spitzbuben, fremde Faulenzer usw.

Etwas vom Peinlichsten war, dass auch ein Katholik, J. B. Rusch, Redaktor der Republikanischen Blätter, sich dieser wenig löblichen Gesellschaft anschloss und in einem Artikel in Nr. 35 vom 25. März 1939 über die "sogenannte" Gesellschaft Jesu herfiel und zwar in einer Weise, die nichts weniger als christlich oder katholisch ist.

### Schlussbemerkungen.

Was bei der ganzen Affäre auffiel und schmerzlich berührte, war das unglaublich tiefe Niveau, auf welchem von gegnerischer Seite die Auseinandersetzung geführt wurde und war vor allem, dass jegliches Gerechtigkeitsgefühl fehlte. Es sollte nun doch allmählich die Einsicht gekommen sein, dass die konfessionellen Ausnahmebestimmungen als Ueberbleibsel kulturkämpferischer Haltung in der Bundesverfassung stehen, dass aber eben diese Haltung endlich überwunden werden müsste, zumal heute, wo der Zusammenschluss aller Gutgesinnten und besonders aller Christen dringendes Gebot der Stunde ist. Es geht dabei nicht bloss um Art. 51, sondern auch um die anderen konfessionellen Ausnahmebestimmungen der Bundesverfassung. Die ganze Kampagne war für Katholiken betrübend und verletzend.

-----

Italienische Mimikry an den deutschen Rassismus!

---

Ein Beitrag zur Rassenfrage in Italien

Trotz heftiger Dementis auf italienischer Seite hat sich die Weltöffentlichkeit des Eindruckes nicht erwehren können, dass die Rassenfrage in Italien eine Importware aus dem Lande des Achsenpartners sei und weder in der Geschichte, noch in der Kultur, noch in der Ideologie des Faschismus eine naturhafte Verankerung finden werde. Faschismus ist Staatstotalität, dem Nationalsozialismus ist der Staat ein Werkzeug der Volksführung. Faschismus ist Kulturinheit; dem Nationalsozialismus ist die Kultur nur eine Funktion des Blutes.

Wie sehr diese unwillkürliche Annahme berechtigt ist, lässt sich nicht nur anhand von Aussprüchen des Duce aus einer früheren Zeit des Faschismus beweisen - und was lässt sich nicht alles aus Aussprüchen des Duce, dem die Tat vor der Doktrin ist, beweisen.- Viel eindrucksvoller ist das Bild, das sich aus den Bemühungen der italienischen Rassenforscher selber ergibt. Sie versuchen eine dem italienischen Faschismus arteigone Rassentheorie zu begründen; die in sehr wesentlichen Punkten von der nationalsozialistischen abweicht. Sie stellen eine nicht unerhebliche Kritik des Nationalsozialismus dar. Ihre logischen Bruchstellen jedoch erweisen sich aber eben als Importware.

So hat vor kurzem - am 24. Febr. 1939 - in Berlin "vor einem grösseren Hörerkreis" Prof. Guido Landra einen Vortrag gehalten mit dem Titel "Die wissenschaftliche und politische Begründung der Rassenfrage in Italien". Prof. Landra - erst 24 Jahre alt - ist Assistent am anthropologischen Institut in Rom und gehört zu dem Kreis faschistischer Gelehrter, die mit der Veröffentlichung des "Rassenmanifestes" vom 14. Juli 1938 die Rassenfrage in Italien in Fluss brachten. Die bedeutsamsten Stellen seien im folgenden wiedergegeben:

1. Italiens Geschichte eine Geschichte von Rassenkämpfen?

Zunächst scheint es, dass Landra dieser These zustimme. Er schreibt: "Die gewaltigen Kämpfe, die Italien seit Jahrhunderten im kleinen und im grossen mit seiner Umgebung geführt hatte, sind in vielen Fällen auch Rassenkämpfe gewesen. Als der südlichste Vorposten der arischen Völker hatte die italienische Bevölkerung eigentlich den ganzen stürmischen Druck des Orients und der Levante aufgehalten und damit für die ganze abendländische Kultur einen noch nicht gewürdigten grossen Dienst geleistet. Vielleicht gerade deshalb ist in Italien der Rasseninstinkt das treibende Element gewesen, das zu so vielen Einzelaktionen angefeuert hatte". Aber sogleich stellt er die Kultur über die Rasse, indem er dem oben Gesagten unvermittelt anfügt:

"Es soll nicht eigens untersucht werden, welche Gruppen sich besonders um die Erhaltung der anererbten Kulturgüter verdient gemacht haben; man würde damit sicherlich immer zu Ungerechtigkeiten kommen. Letzten Endes ist es ja wichtiger, dass eine neue Generation sich wieder auf die Werte und die Eigenart des Blutes besinnt, als dass darüber gestritten wird, ob es schwarze, braune oder blondhaarige Menschen waren, die die grossen geschichtlichen Taten Italiens vollbrachten".

2. Die zeitgeschichtliche Ursache der modernen Rassenforschung

Landra bezeichnet als Quelle der neuen Rassenlehre die Reaktion auf den "Wahn der Weltverbrüderung und der grossen Humanität". Hier bringt er Gedanken, die an Rosenbergs Mythos des 20. Jahrhunderts erinnern. Er spürt dies wohl und will sich mit dem Hinweis rechtfertigen, dass in Florenz "das älteste anthropologische Institut Europas" stehe und noch vor der Jahrhundertwende viele italienische Namen bei den Fachgelehrten der Welt in gutem Rufe standen; freilich muss er zugeben, sie hätten sich fast ausschliesslich mit ethnologischen Fragen der primitiven Völker beschäftigt. Ein Verständnis der italienischen Rassenfrage sei erst erwacht, nachdem man gelernt habe, den Italiener nicht mehr

im Stil der vergangenen Postkartenindustrie als heissblütig und feurig darzustellen, sondern die römischen Herrentugenden der klassischen Ausgeglichenheit und den Sinn für Masshalten in ihm zu wecken. Hier war also wieder ein charakterliches und kulturelles Wiedererwachen das Primäre. Es hat sich unabhängig von aller Rassentheorie entwickelt.

Immerhin könnte von hier aus die Rassentheorie als eine spätere Untermauerung und Tieferführung aufgefasst werden, sodass sich schliesslich doch die Rasse als Zentralidee des neuen Italien darstellen liesse. Man könnte und der Nationalsozialist würde es ohne Zweifel tun - die "klassische Ausgeglichenheit" als blutbedingte arische Veranlagung deuten. Die Folge wäre, dass man logischerweise die verschiedenen Rassen und Rassenvermischungen Italiens genau untersuchen müsste; das arische Element fördern, die andern stufenweise nach ihrer Entfernung vom arischen Blut zurückdämmen müsste. Landra lehnt dies aber ausdrücklich ab, indem er einen vom "deutschen" - wie er sagt - abweichenden Rassenbegriff statuiert.

### 3. Der italienische Begriff der "Razza"

a) Negativ meint Landra, man habe den Begriff der Rasse "bisher" zu eng genommen. "So manche Forscher haben es nicht weiter gebracht, als den Menschen so als eine Art von Retortenprodukt von Erbanlagen zu behandeln. Dass derselbe damit ein fatalistisches Geschöpf würde, das all sein Tun immer nur durch seine Erbanlagen entschuldigt, an das dachten sie wohl nicht. Auch nicht, dass der sittliche Wille doch immerhin eine Welt darstellt, die im Leben des einzelnen weit über den Erbgesetzen der Natur steht. Wenn der eine oder andere krampfhaft versucht, einfach alle Aeusserungen des Menschen irgendwie auf den Nenner "Rasse" zu bringen, dann würde man damit immer weiter von einer echten Ganzheitsanthropologie wegkommen, anstatt alle Kräfte zusammenzufassen, die das Wesen "Mensch" ausmachen und ihn leiten und gestalten. Eine weitere Ausführung, was die geistige Haltung der Rassenpolitik Italiens betrifft, kann an dieser Stelle nicht geschehen; es müssten zuviele Vorurteile beseitigt werden".

In einer solchen Auffassung sieht der Professor neben der wissenschaftlichen Haltlosigkeit geradezu eine Gefährdung der Einheit Italiens: "Wir haben uns gegen alle jene Bewegungen gestellt, die innerhalb des eigenen Volkes zu Sondergruppenbildung führen und damit nicht im Interesse der Gesamtnation liegen. Dadurch, dass man versucht, in einem Volke verschiedene biologische Gruppen aufzustellen, wird dieses Volk nicht nur um eine blutmässige Einheit gebracht, sondern überdies auch noch national und sozial auseinandergerissen. Wenn diese Einteilung dann überdies auch noch nach verschiedenen Wertstufen erfolgt, ist das Ergebnis ein noch schlimmeres: denn niemand will einem hereditären Typ zweiter oder dritter Klasse angehören. Durch solche Kunstgriffe ist leider die Rassenkunde gerade bei ernsthaften Menschen in Verruf geraten und es muss darum mit aller Energie getrachtet werden, dass solche Fragen nur von wirklich Berufenen behandelt werden.

Eine nur naturalistisch aufgefasste Menschenkunde kann leicht zu einer Art von Rassenüberheblichkeit führen bei solchen, die ausser ihrem zufälligen Aussehen sonst gar keine Qualität besitzen, andererseits aber zu bedauerlichen Ungerechtigkeiten gegenüber solchen, deren Charakterwert und deren blutmässige Eigenart damit gänzlich ausser acht gelassen wird".

Darauf wendet sich Landra direkt gegen Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts", freilich ohne ihn zu nennen: "Gerade von seiten sogenannter Schwarmgeister wird im Uebermasse der Begeisterung 'Rasse als alles erklärt und schlechthin als der Schlüssel zur Weltgeschichte' dargestellt".

Und schliesslich schlägt ein "Argumentum ad hominem" dem Fass den Boden aus: "Dabei beachtetten aber diese Skribenten nicht, dass dies ganz rein jüdisch gedacht ist! Diese typisch orientalistisch-materialistische Denkweise des Nomadenmenschen, der nur begreift, was er sieht, führt natürlich zwangsläufig zu einer

immer grösseren Verkümmern des Menschengoistes und damit zu einer Verarmung des seelischen Erlebens".

Wohl nie hat Rosenberg aus "Freundesmund" eine solche Kritik über sich ergehen lassen müssen. Man spürt den italienischen Kulturmenschen, dem die germanische Barbarei ein Greuel ist in jeder Zeile.

b) Positiv ergibt sich nun freilich für Landra eine nicht unerhebliche Schwierigkeit. "Wir verstehen das Wort Razza in viel weiterem Sinn als einen Sammelbegriff anthropologisch-geschichtlicher und ideenbestimmter Traditionswerte" und wieder: "Wir verstehen sie (die Rasse) nicht als eine species der Naturgeschichte, sondern als eine geschichtlich gewordene Tatsache". Bisher nannte man diesen Sammelbegriff "Kultur" und war sich dabei vielleicht zu wenig der Rolle und Bedeutung des Blutes und der Rasse für die Kultur bewusst. Dieses Moment wieder hervorgehoben zu haben, mag das Verdienst des Nationalsozialismus sein, dass nun aber der ganze vielumspannende Begriff "Kultur" von einer pars pro toto Benennung verdrängt wird, wobei nach Landras eigenem Geständnis nicht einmal der wichtigste Teil hervorgehoben wird, ist eine ungebührliche Assimilation oder gar Mimikry an den Achsenpartner, deren man sonst nur den jüdischen Charakter beschuldigt.

#### 4. Die Auswirkungen des italienischen Rassenbegriffes.

Die gleiche Haltung zieht sich nunmehr durch alle Folgerungen auf Einzelgebiete durch.

a) Die Ehe. Als wichtigsten Teil der Rassenfrage sieht Landra das Problem der kinderreichen und gesunden Ehe an. Aber wieder fügt er gleich hinzu: "Die Absurdität, die Ehe etwa als eine nur biologische Angelegenheit ansehen zu wollen, soll gar nicht erwähnt <sup>werden</sup>. Ein solcher Standpunkt würde ja geradezu zu einer primitiven Denkart der Urvölker zurückführen" und tritt in den schärfsten Ausdrücken für eine Erschwerung der Ehescheidung ein. Er weiss sich hier mit einer nicht unbedeutenden Richtung in Deutschland einig, die freilich nicht so offen reden kann.

b) Neger, Juden und internationale Gebräuche. Für das Verhältnis gegenüber anderen "Rassen" - eigentlich müsste man sagen Völkern - stellt Landra folgenden Leitsatz auf: "Eine Vorstellungswelt, die sich nicht harmonisch in alle die Werte religiöser, nationaler und ethischer Eigenart einfügen könnte, wäre eine grosse Gefahr für die Einheit des Volkes". Von hier aus glaubt er eine doppelte Begrenzung vornehmen zu müssen: Die erste und dringendste "war die des weissen Menschen als solchen gegenüber dem Farbigen". Dass hier der eigentlichen Rassenforschung tatsächlich eine grosse Bedeutung zukommt, kann nicht geleugnet werden. Dass Landra jedoch selbst hier nicht das bloss biologische Element berücksichtigt wissen will, zeigt seine Ausführung über die "besondere Verwandtschaft der Römer mit den alten Abessinern", die ihn nicht hindert, jede Ehe zwischen Römer und Abessinier heute als ein Unglück zu betrachten. "Die zweite Abgrenzung war die des arischen Menschen gegenüber dem jüdischen". Aber gleich wird Missverständnissen vorgebeugt: "Dies sei kein Urteil über Werthöhe desselben. Es (das jüdische Volk) wird damit weder als tieferstehend bezeichnet, noch als höherstehend". Freilich die darauffolgenden Ausführungen über Caracalla "das semitische Scheusal" und die jüdische "schwüle Welt der Super-Intellektuellen" machen das oben gefällte Urteil wieder zunichte. Sie stellen einen weiteren logischen Bruch des italienischen Rassendenken dar.

Die dritte Abgrenzung sieht Landra in der Abwehr gegen die "Flut internationaler Begriffe und Gebräuche, die Form des Kinos, der leichten Literatur, der Mode und Modeunsitten" italienisches Denken überschichten.

c) Die Kirche: Von hier aus ist es verständlich, dass Landra einen Konflikt mit der Kirche als unmöglich betrachtet. "Ein ernsthafter Widerstand von religiöser Seite aus kommt wohl nicht in Frage; die Religionsfrage liegt auf einer anderen Wertebene als die Rassenfrage und es dreht sich nur darum, die Grenzweite dieser Begriffe richtig abzuwägen. Wer dazu nicht imstande ist, wäre kein

Rassenpolitiker, sondern ein Rassenphantast und ein solcher wäre ein gemeingefährlicher Feind in eigener Volke".

5. Zusammenfassung: Fassen wir also die Stellung der italienischen Rassenlehre zusammen, so ergeben sich folgende Punkte:

- a) Der Begriff Rasse ist für den Italiener weiter als der deutsche, indem er nicht nur auf biologischer Grundlage beruht, sondern alles in sich schliesst, was wir Kultur nennen und zwar nicht als Funktion des Biologischen, sondern bei Anerkennung des vom Biologischen unabhängigen "sittlichen Willens" und jedenfalls nicht restlos abhängiger "ideenbestimmter Traditionswerte".
- b) Der Begriff Rasse ist für den Italiener zugleich enger als der deutsche, indem er nicht zur Grundlage einer Weltanschauung erhoben wird, sondern in der Ebene des Kulturellen bleibt.
- c) Die Uebertragung des Wortes "Razza" auf den viel weiteren Begriffsinhalt der Gesamtkultur ist ein äusseren Ursachen zuzuschreibender, nicht innerlich aus der Idee des Faschismus begründeter Vorgang.
- d) Diese Uebertragung ist insofern gefährlich als in den Schlussfolgerungen (beispielsweise der Judenfrage) die gesetzten Prämissen nicht immer beachtet werden und bei Uebersetzung deutscher Bücher ins Italienische <sup>und umgekehrt</sup> eine heillosse Verwirrung der Begriffe erzeugen, die letztlich dazu führen kann, dass die schematisch viel einfachere deutsche Auffassung die richtigere aber kompliziertere italienische überrennt.

---

#### Kriegsaufgaben der Sozialisten

---

Unser Standpunkt (Ernst Friesius) in "Sozialistische Werte", 21. April besagt in kurzen Worten: 1. Bei einem Krieg zwischen den Achsenstaaten, denen die Antikominternpaktstaaten zuzurechnen sind, ~~und~~ <sup>und</sup> ~~andern~~ sind wir für die Niederlage der Achse.... 2. Wir sind deshalb bereit, am Zustandekommen dieser Niederlage mitzuwirken... 3. Wir tun das, weil die Achse den Krieg provoziert, unverkennbar der Angreifer ist und weil ihr inneres Regime weit unter dem Niveau liegt und planmässig darunter gehalten wird, das in den Ländern der voraussichtlichen Kriegsgegner der Achse herrscht. 4. Wir versprechen uns von der Niederlage der Achse eine Verstärkung des fortschrittlichen Geistes, wenn schon nicht eine des sozialistischen - worauf weiter hinzuarbeiten natürlich unsere Pflicht ist. 5. Die Arbeit für den Sozialismus muss heute auf zwei Seiten angesetzt werden: Bei der Unterstützung aller Achsenfeinde, soweit sie wirklich gegen diese vorgehen, und beim Aufbau der eigenen sozialistischen Bewegung. Wir verwerfen die Parole der Neutralität für Staaten - gegenüber dem Faschismus darf es keine Neutralität geben. Also dürfen auch Sozialisten nicht neutral sein! Sie müssen deshalb alle Bestrebungen, die dem Faschismus wirklich schaden (wobei es nicht entscheidend ist, ob sie das auch wollen), unterstützen. Und sie müssen, um ihre eigene Zielsetzung nicht aus dem Auge zu verlieren, die eigene Front stabilisieren. 6. Wenn sie in ihrem Lager klare Vorstellungen haben, was von ihnen abhängt, und wenn sie eine "relativ" respektable Macht darstellen, was zum grossen Teil von ihnen, vor allem von der intellektuellen und praktischen Bewältigung vieler Probleme abhängt, dann wird ihnen möglich sein, entsprechend diesen beiden Vorbedingungen den aktiven Kampf gegen die Achse und alle Kriegsprovokateure zu führen und ihn schliesslich auch zum Kampf für den echten Frieden und die echte Freiheit auszubauen. (14. Jahrg. Nr. 16 S. 374).

---

## Sittliches Volkswohl

---

### Gegen eine unanständige "Landesausstellungsrevue" im Zürcher Corso

Unseren Lesern ist gewiss folgende Meldung der Schweizerischen Depeschagentur vom 2. Mai nicht entgangen: "Vor dem Corso kam es am Montagabend anlässlich der 1. Aufführung einer Folies-Bergère-Revue wegen der in den Schaukästen ausgehängten Bilder zu einem Menschauflauf, sodass die Polizei mit zwei Mannschaftswagen anrückte und Ordnung schaffte. Das halbe Polizeiaufgebot blieb den ganzen Abend auf dem Platze". Wir wollen dazu noch weiter berichten und zur Sache Stellung nehmen.

Am 15. Dezember 1937 haben wir im "Mitteilungsdienst" des Apologetischen Instituts, wie sich damals die "Apologetischen Blätter" nannten, unter dem Titel: "Oeffentlicher Unanstand auf der Revuebühne" auf die damals im Zürcher Corso gastierende Pariser Revue "Tourbillon de Plaisirs" hingewiesen und sie nach den Inseraten und Zeitungskritiken als höchst unanständig charakterisiert. Wir haben damals dazu u. a. bemerkt: "Von einer gewissen Seite ist zu der betreffenden Pariser Revue anlässlich ihres Auftretens in Zürich die Aeusserung gefallen, es sei gut, dass durch solche Darbietungen das Publikum langsam und schonend vorbereitet werde auf die Schweizer Landesausstellung, wo ähnliche Revuen und Variété-Darbietungen unbedingt zur Aufführung gelangen müssten".

Die erste derartige "Ausstellungsrevue" sollte ab 1. Mai im Zürcher Corso über die Bretter gehen.

1. Warum die Entrüstung? Illustrierte Inserate im "Tagblatt der Stadt Zürich" und im Morgenblatt der "Neuen Zürcher Zeitung" vom 1. Mai. Text: Die grosse Revue zur Ausstellung 1939. Folies-Bergère. Die neue Prunk-Revue. Le plus grand spectacle de Paris! Bild: Splinternackte Frauengestalt, ein lässig gehaltener Schleierstreifen "verschleiert" (nicht verdeckt) etwas Brust und Schoss. Im "Tagblatt" (amtlicher Stadtanzeiger, der vertraglich keine zweideutigen Bilder bringen darf) war nur der Oberkörper der "Dame" sichtbar (die Schaustellung des entblößten Oberkörpers einer Frau gilt nach einer sittenpolizeilichen Aeusserung noch nicht als anstössig).

Beide Inserate allein schon haben Missfallen gefunden (im "Aufgebot", 4. Mai, unter "Unerfreulichs"; in der "Ostschweiz", 2. Mai, "... Pariser und Wiener Fleischschau als Angebinde der Schweizerischen Landesausstellung.."). Entrüstet war man über die Reklame (anstössige Nacktheit und Berufung auf die Landesausstellung).

2. "Krawall" vor dem Corso. Die Zeitungsinserate, das Corso-Plakat (im gleichen Stil, nur ein etwas dichter und geblümter Schleier) und die Corso-Schaukästen vor dem Theater haben am Montag Abend einen Auflauf vor dem Corso veranlasst (Katholiken, Protestanten, Leute von der "Tatgemeinschaft"). Die Agenturmeldung darüber siehe oben. Die kommunistische "Freiheit" nannte es "Krawall" und machte "reaktionäre, nazifreundliche, franzosenfeindliche protestantische Pfarrer" dafür verantwortlich, welche sie ganz unbegründet gemein beschimpfte. "Neue Zürcher Zeitung" und "Volksrecht" nehmen gegen die Protestaktion Stellung, letztere mit dem salomonischen Spruch, dass man nicht in die Revue zu gehen brauche, wenn man Anstoss daran nehme. In den "Neuen Zürcher Nachrichten" protestiert ein Augenzeuge gegen die Niederprügelung eines jungen Mannes durch Polizei.

3. Proteste in der Presse. Ein protestantischer Fürsorger schreibt zum Protest in den "Neuen Zürcher Nachrichten" vom 2. Mai: "... Als Fürsorger greift man sich an den Kopf, wenn man sieht, wie man auf der einen Seite mit einem grossen Verwaltungsapparat (Polizei- und Fürsorgeinstitutionen) dem Laster auf den Leib rückt, auf der andern Seite nicht nur die Propaganda für diese

Schamlosigkeiten durch öffentliche Reklame duldet, sondern dafür noch das städtische Amtsblatt ("Tagblatt") und die von der Stadtverwaltung betriebene Strassenbahn zur Verfügung stellt. Welche Sinn hat dann noch unsere Fürsorgearbeit? Wozu dann all diese Mühe und unendliche Geduld, mit denen man auf die schiefe Bahn Geratenen wieder aufhelfen will? Mit welchem Recht ergreift man gegen solche Massnahmen, wenn Staat und Gemeinde Dinge, welche die sexuelle Verlotterung verherrlichen und dazu anreizen, dulden? Gegen die Opfer geht man vor, die Verführer machen klingende Geschäfte. Das ist eine bedenkliche Feststellung. und soll man einem da nicht mit den billigen Schlagworten Mucker und Reaktionär kommen. Denn was schlecht ist, bleibt schlecht und was Sünde ist, bleibt Sünde, mag man ihm auch noch so harmlose Namen geben oder es gar 'Kunst' heissen. Wahrlich eine traurige 'Kunst', deren man sich schämen muss. Denn schämen müssen wir Zürcher uns vor der ganzen Schweiz vor den Mitgliedern des Bundesrates, vor den eidgenössischen und kantonalen Behörden, dass wir ihnen zum Willkomm solches zu bieten wagen... Ich hoffe aber, dass doch noch alle, die wünschen, dass Zürich eine saubere Stadt sei und bleibe, sich diesem Protest anschliessen und nicht ruhen, bis derartige Dinge nicht mehr geduldet werden".

Die "Tatgemeinschaft der Zürcher Jugend" erklärt, dass sie die Demonstration nicht organisiert habe und fährt fort: "Die 'Tatgemeinschaft' bekämpft grundsätzlich Schmutz und Schund als Ausdruck einer unsittlichen und unschweizerischen Lebensinstellung. Sie lehnt deshalb derartige Schaustellungen ab und protestiert, dass diese Revue im Zeichen der Landesausstellung gestartet wird. Der geschmacklose, unanständige Inhalt, sowohl der Aufführung wie auch der Reklame bruskieren das sittliche Empfinden der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung... Wir erwarten mit aller Bestimmtheit, dass sich die Reklame und die Aufführung künftig im Rahmen des Anständigen bewegen und die Corso-Direktion das schweizerische Publikum mit weitern, an die niedrigsten Instinkte appellierenden 'Attraktionen' verschone". Von dieser Erklärung hat die "Neue Zürcher Zeitung" vom 4. Mai lediglich die ersten Sätze gebracht, mit denen die Tatgemeinschaft erklärt, keine Kenntnis von der Demonstration gehabt zu haben. Als ob die Tatgemeinschaft nur das mit der Erklärung bezweckt hätte! Aus dem langen nachfolgenden Protest klaubt die spaltenreiche NZZ nur das dürftige Sätzlein heraus: "Sie lehnt aber derartige Schaustellungen ab".

4. Der bisherige Erfolg. Die Besprechung der neuen Revue in der NZZ bietet bei weitem nicht die schwungvolle Verherrlichung und Beschönigung von Unanständigkeiten, wie sie die Muster enthalten, die wir am 15. Dez. 1937 boten. Ja, Herr Scherer (cs) meint: "Ob sich die Zürcherische Atmosphäre mit dieser internationalen verträgt und vertragen will, hat der Kritiker nicht zu entscheiden."

"Nach Auffassung der Sittenpolizei ist die Vorführung, sofern einige Abänderungen vorgenommen worden, nicht zu beanstanden" (NZZ vom 2. Mai, Unterstreichungen von uns, D.R.).

In den Inseraten ("Tagblatt" und "NZZ") ab 3. Mai hat die "Dame" den durchsichtigen Schleier mit einem Büschel Straussenfedern vertauscht. Im "Tagblatt" ist der Hinweis auf die Landesausstellung unterdrückt. Die Inserate der NZZ. dagegen preisen immer noch die "Ausstellungs-Revue" an. Obwohl sie im Textteil <sup>die</sup> sittenpolizeilich geforderten "Abänderungen" berichtet, duldet sie im Inserat den Reklametrick "in der Originalfassung!" (am 4. Mai sogar in Grossdruck).

5. Die Forderungen: 1. An die Landesausstellung: Die L A -Leitung kann und muss es sich verbitten, dass Unschweizerisches und nach dem Urteil der grossen Mehrheit schweizerischer Besucher Unanständiges sich in seiner Reklame mit der L A in Verbindung bringt. - 2. Die Presse kann und muss jede gröblich anstössige Reklame unterdrücken (Rücksicht auf die L A -Besucher). - 3. Die Polizei darf sittenpolizeiliche Vorschriften zur Zeit der L A nicht lässiger, sondern im Gegenteil strenger handhaben. So hat es die Pariser Sittenpolizei zur Zeit der Weltausstellung 1937 gemacht. Bezüglich Zürich gelten sicher mindestens die gleichen strengen Grundsätze. Das erste "Ausstellungsprogramm" des Corsotheaters darf nicht Schule machen, es wäre zu wünschen, dass die kompetenten Instanzen klare und beruhigende Erklärungen abgeben.